

Positionspapier:

Forderung nach einem Verbot der Alternative für Deutschland (AfD)

An die Mitglieder des Deutschen Bundestages, des Bundesrates und die Bundesregierung

Betreff: Forderung nach einem Verbot der Alternative für Deutschland (AfD) im Einklang mit Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit diesem Positionspapier möchten wir, die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereine, Initiativen und Einzelpersonen, unsere tiefe Besorgnis über den zunehmenden Einfluss der Alternative für Deutschland (AfD) auf die politische und gesellschaftliche Landschaft Deutschlands ausdrücken. Die AfD stellt eine ernsthafte Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar, wie im Grundgesetz verankert, und erfüllt nach unserer Auffassung die Kriterien, die ein Verbot nach Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes rechtfertigen.

Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes besagt: "Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig." Wir sind der festen Überzeugung, dass die AfD nachweislich gegen diesen Grundsatz verstößt.

1. Die AfD als Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung

Die AfD verfolgt eine Strategie der systematischen Delegitimierung zentraler demokratischer Institutionen und Werte. Es lassen sich mehrere besorgniserregende Entwicklungen innerhalb der Partei erkennen, die diesen Tatbestand unterstreichen:

1. Radikalisierung und rechtsextreme Strukturen innerhalb der Partei:

In Teilen der AfD, insbesondere im sogenannten „Flügel“, der inzwischen formell aufgelöst wurde, aber weiterhin politisch aktiv ist, gibt es enge Verbindungen zu rechtsextremen Strukturen. Mehrere führende Mitglieder der Partei, darunter Björn Höcke, stehen dem rechtsextremen Gedankengut nahe. Der Verfassungsschutz beobachtet die AfD in mehreren Bundesländern bereits als rechtsextremen Verdachtsfall. Diese Radikalisierung gefährdet nicht nur die politische Kultur, sondern auch die Sicherheit und das soziale Miteinander in Deutschland.

2. Verharmlosung und Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen:

Führende AfD-Politiker haben wiederholt nationalsozialistische Verbrechen verharmlost oder relativiert. Beispiele sind Alexander Gaulands Äußerung, Hitler und die Nazis seien nur ein "Vogelschiss" in der deutschen Geschichte, sowie die Forderung von Björn Höcke nach einer

„erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“, womit die Verharmlosung des Holocausts und anderer NS-Verbrechen angestrebt wird.

3. Untergraben der demokratischen Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit:

Die AfD verbreitet gezielt Desinformation über den Bundestag, die Bundesregierung, die unabhängige Justiz und die Medien. Sie versucht, das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Institutionen zu erschüttern und diese systematisch zu delegitimieren. Dies stellt eine ernsthafte Gefahr für den sozialen Frieden und die Stabilität der Demokratie in Deutschland dar.

4. Hass, Hetze und Gewaltbereitschaft:

Die AfD trägt durch ihre Rhetorik und ihre Politik maßgeblich zur Verrohung des politischen Diskurses bei. Sie sät Misstrauen, spaltet die Gesellschaft und schürt Fremdenfeindlichkeit. Ihre Verbindungen zu gewaltbereiten extremistischen Gruppen wie der „Identitären Bewegung“ und die Förderung von rechtsextremem Gedankengut durch führende Parteimitglieder ermutigen zur Anwendung von Gewalt, wie zahlreiche rechtsextreme Anschläge der letzten Jahre verdeutlichen.

2. Verfassungsfeindlichkeit der AfD

Die Verfassungsfeindlichkeit der AfD zeigt sich nicht nur in der Rhetorik ihrer Mitglieder, sondern auch in ihrer programmatischen Ausrichtung. In mehreren politischen Programmen und offiziellen Stellungnahmen hat die AfD deutlich gemacht, dass sie zentrale Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablehnt:

1. Angriffe auf die Pressefreiheit: Die AfD diffamiert regelmäßig unabhängige Medien als „Lügenpresse“ und stellt Journalisten als Feinde der Demokratie dar. Diese systematische Medienhetze untergräbt die freie Meinungsäußerung und ist ein Angriff auf eine der Grundfesten einer funktionierenden Demokratie.

2. Diskriminierung und Verachtung des Gleichheitsprinzips: Die AfD propagiert offen eine Politik der Ausgrenzung und Diskriminierung gegenüber Migranten, Muslimen, Homosexuellen und anderen Minderheiten. Dies widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes (Art. 3 GG) und fördert eine Spaltung der Gesellschaft.

3. Bekämpfung des Pluralismus: Die AfD steht für eine nationalistische, autoritäre Politik, die die Vielfalt und den Pluralismus in Deutschland ablehnt. Die Pluralität von Meinungen und Lebensentwürfen ist jedoch ein Grundpfeiler der Demokratie.

3. Warum ein Verbot der AfD notwendig ist

Die AfD hat sich zu einer Partei entwickelt, die nicht nur den politischen Diskurs vergiftet, sondern gezielt darauf hinarbeitet, die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu untergraben und durch ein autoritäres, nationalistisches System zu ersetzen. Ein Verbot der AfD ist nicht nur notwendig, um die bestehenden demokratischen

Strukturen zu schützen, sondern auch, um ein klares Signal an alle extremistischen und verfassungsfeindlichen Kräfte in Deutschland zu senden.

Wir erkennen an, dass ein Parteienverbot ein schwerwiegender Schritt ist, der gut durchdacht und juristisch fundiert sein muss. Doch angesichts der oben beschriebenen Bedrohungen halten wir diesen Schritt für gerechtfertigt. Es geht nicht nur um die Zukunft der demokratischen Ordnung, sondern auch um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor der fortschreitenden Radikalisierung und Gewaltbereitschaft, die von der AfD ausgeht.

4. Schlussfolgerung und Forderungen

Wir fordern den Deutschen Bundestag, den Bundesrat und die Bundesregierung dazu auf:

1. Ein Verfahren beim Bundesverfassungsgericht einzuleiten, um die AfD gemäß Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes zu verbieten.
2. Den Verfassungsschutz zu stärken, um die verfassungsfeindlichen Bestrebungen innerhalb der AfD und ihrer Anhänger konsequent zu überwachen und zu dokumentieren.
3. Den öffentlichen Diskurs zu verteidigen, indem Hassrede und Desinformation durch die AfD klar benannt und entgegengewirkt wird.
4. Die Demokratie zu schützen, indem Maßnahmen ergriffen werden, um extremistische Netzwerke und deren Unterstützung in der Gesellschaft zu unterbinden.

Die AfD hat wiederholt bewiesen, dass sie keine gewöhnliche politische Partei ist, sondern eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie. Wir dürfen nicht zulassen, dass ihre Ideologie weiter Fuß fasst und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstört.

Mit freundlichen Grüßen,

Die unterzeichnenden Organisationen und Initiativen